Geschichtsvergessener Zynismus

von Dr. Rolf Gössner

Die offizielle Erinnerungspolitik und Entschädigungspraxis der Bundesrepublik krankte jahrzehntelang an blinden Flecken. Jedenfalls gibt es in der Geschichte der Aufarbeitung des NS-Unrechts die Kategorie der »vergessenen« – oder besser: der »verdrängten NS-Opfer«. Dazu gehören etwa die Opfer der NS-Militärjustiz, Wehrmachtsdeserteure, kommunistische Widerstandskämpfer, Sinti und Roma, Homosexuelle, Euthanasie-Geschädigte und Zwangssterilisierte. Manche dieser blinden Flecken sind zwar, zumindest teilweise, überwunden.

Jedoch noch immer nicht im Fall der über fünf Millionen ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach den europäischen Juden zur zweitgrößten NS-Opfergruppe zählen; über drei Millionen, also mehr als die Hälfte, kamen während des Zweiten Weltkriegs in deutscher Gefangenschaft auf grausame Weise ums Leben. Ihnen und den lebenslang traumatisierten Überlebenden werden bis heute Anerkennung und Entschädigung als NS-Opfer, als Opfer des nationalsozialistischen Rassenkrieges verweigert.

Daß ihr Schicksal hierzulande überhaupt thematisiert und in einer Ausstellung (»Russenlager« und Zwangsarbeit) veranschaulicht wird, ist in erster Linie dem Verein »Kontakte – Kontakty« (»Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion«) zu verdanken. Die Ausstellung mit Bildern und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener gastierte in Bremen (Haus der Wissenschaft), was schon deshalb bedeutsam ist, weil sich gerade auch in Bremen viele Spuren deportierter Rotarmisten aus der Zeit 1941 bis 1945 finden. Sie mußten Zwangsarbeit verrichten beim Bau von Luftschutzbunkern und des U-Boot-Bunkers Valentin, in Bremer Rüstungsbetrieben wie Focke-Wulf, AG Weser, Bremer Vulkan, aber auch in anderen Firmen wie Borgward oder der Brauerei Beck & Co.

Für seinen außerordentlichen Einsatz zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener aus Ländern der früheren Sowjetunion, für die Gesten der Versöhnung und für die damit verbundene Völkerverständigung hat die "Internationale Liga für Menschenrechte" [3] den Mitgründer des Vereins Kontakte, Eberhard Radczuweit, bereits im Jahr 2002 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnet. Seitdem haben Radczuweit und der Verein diesen beschwerlichen Weg weiter auf sich genommen, um Versöhnung, Anerkennung und Wiedergutmachung zivilgesellschaftlich zu organisieren und zu gestalten.

Demgegenüber ist im folgenden von einer eher zähen und beschämenden Geschichte zu berichten: Es geht um die Behandlung parlamentarischer Initiativen zugunsten überlebender sowjetischer Kriegsgefangener. Es begann im Jahr 2006 mit einer Petition des Vereins "Kontakte [4]" an den Bundestag, in der es um die Anerkennung dieser Kriegsgefangenen als NS-Opfer ging; und es ging um die Feststellung, daß die unmenschlichen Haftbedingungen in den sogenannten Russenlagern mit denen von Konzentrationslagern vergleichbar waren.

Was hatte es mit dieser Feststellung oder Forderung auf sich? Im Jahr 2000 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung und die "Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft" [5] eine Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« eingerichtet. Gemäß Stiftungsgesetz begründete Kriegsgefangenschaft keine Berechtigung auf Leistungen aus dem Fonds; vorrangig waren ehemalige zivile NS-Zwangsarbeiter leistungsberechtigt – wobei Kriegsgefangene selbst dann von den Einmalleistungen ausgeschlossen blieben, wenn sie unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten mußten, es sei denn, sie waren in KZs interniert. Diese Regelung führte dazu, daß rund 20.000 Betroffene aus Osteuropa, die hoffnungsvoll Anträge auf Zuwendungen gestellt hatten, allesamt mit Verweis auf ihren Status als Kriegsgefangene abgewiesen wurden. Eine sachlich-bürokratische Zurückweisung, die viele der Hochbetagten tief getroffen und gedemütigt hat.

Ziel der Petition des Vereins Kontakte war es deshalb, diese Entschädigungslücke zu schließen – mit der belegbaren Begründung, daß sowjetische Kriegsgefangene, und zwar anders als Kriegsgefangene der Westalliierten, einer rassistisch, antislawisch motivierten Vernichtungspolitik ausgeliefert waren: Rechtlos und zu »Untermenschen« erklärt, wurden sie systematisch völkerrechtswidrig behandelt, in Rüstungsbetrieben als Zwangsarbeiter geschunden, katastrophalen Haftbedingungen unterworfen, die auf Vernichtung durch Arbeit zielten. Ihre Internierung in besagten »Russenlagern« war tatsächlich ähnlich menschenunwürdig und mörderisch wie die in Konzentrationslagern.

Trotz dieser stichhaltigen Argumente lehnte die damalige CDU-SPD-Mehrheit die Petition im Jahr 2006 ab, denn Kriegsgefangenschaft begründe völkerrechtlich keine individuelle Leistungsberechtigung, weil solche Entschädigungen dem Reparationsrecht zuzuordnen seien. Zweitens habe die Bundesrepublik Stiftungen zugunsten von Nazi-Opfern in Ländern Osteuropas eingerichtet; doch die Verteilung der Stiftungsgelder sei durch die jeweiligen Staaten und ohne deutsche Einflußnahme erfolgt; es sei bedauerlich, wenn dabei ehemalige sowjetische Kriegsgefangene von ihren Regierungen nicht oder nicht angemessen bedacht worden seien. Drittens seien die Mittel des Stiftungsprogramms Zwangsarbeit bereits ausgeschöpft, die Auszahlungen 2007 beendet worden. Und viertens wolle man keinen Präzedenzfall schaffen, der auch auf Kriegsgefangene aus anderen Ländern wie Polen oder Italien Anwendung finden könnte. Deshalb: Ablehnung der Petition – wobei der Verein Kontakte als Petent noch heute auf einen abschließenden Bescheid wartet.

Nach einer Parlamentsanfrage der Linksfraktion im Bundestag aus dem Jahre 2011 zur »Entschädigung früherer sowjetischer Kriegsgefangener« und der abweisenden Beantwortung durch die Bundesregierung stellten dann die damaligen Oppositionsfraktionen SPD und Grüne im Juni 2013 einen Antrag an den Bundestag auf »Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages« in Höhe von 2.500 Euro.

Endlich – so muß man sagen, denn in der rot-grünen Regierungsära hätten die Antragsteller genügend Zeit gehabt, die restriktive Regelung im Stiftungsgesetz zu korrigieren. Inzwischen ist die SPD wieder an der Regierung, und so stellt sich die Frage, ob oder wie sie nun endlich das Projekt gegenüber ihrem Koalitionspartner CDU/CSU forciert – im Sinne des Abgeordneten Stefan Schwartze [6] (SPD), der im Juni 2013 an die Unionsfraktionen appellierte:»Geben Sie sich an dieser Stelle einen Ruck! ... Lassen Sie uns jetzt helfen, bevor es auch für den letzten Überlebenden zu spät ist.« Die damalige schwarz-gelbe Regierungsmehrheit ließ sich jedoch nicht erweichen und lehnte den Antrag ab.

Daraufhin sah sich der Verein "Kontakte" gezwungen, Anfang 2014 eine zweite Petition einzureichen mit dem Ziel der Wiedergutmachung und Anerkennung sowjetischer Kriegsgefangener als NS-Opfer. Die Petition spricht sich für einen »symbolischen Anerkennungsbetrag von 5.000 Euro« an die (wenigen) noch Lebenden aus. Der Vorschlag wird auch von dem Berliner Historiker Wolfgang Benz [7] unterstützt, der eine solche Entschädigung»als Akt der Einsicht in verbrecherisches historisches Geschehen« wertet. Der Petitionsausschuß des Bundestags signalisierte Mitte Juli »großes Verständnis« für das Anliegen und sicherte dem Petenten eine»umfassende Prüfung und Würdigung« der Angelegenheit zu.

Leider ist inzwischen viel, allzuviel Zeit vergangen, ja regelrecht vergeudet worden. Von den 20.000 noch lebenden Betroffenen im Jahr 2000 und den rund 10.000 im Jahr 2006 sind heute allenfalls noch 2000 bis 3000 am Leben. Für Zigtausende kommt also jetzt schon jede Lösung zu spät – fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein katastrophales Signal an die noch lebenden Betroffenen, die immer noch das berechtigte Verlangen haben, daß das systematische Unrecht, das ihnen widerfahren ist, auch **offiziell als Unrecht anerkannt wird** und daß sie nicht der **Unwürde des Vergessens** anheimfallen.

Der Verein "Kontakte" hat gehandelt und für uns alle die historische Verantwortung übernommen. Ohne sein bürgerschaftliches Engagement, ohne die praktisch-solidarische Opferhilfe für die Betroffenen wären die Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen bis heute aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt und die Betroffenen ohne Anerkennung geblieben. Jetzt gilt es, dem zivilgesellschaftlichen Engagement auch zu einem offiziellen Erfolg zu verhelfen.

Dazu muß sich jedoch – machen wir's konkret – die CDU/CSU überwinden und endlich ihre Verweigerungshaltung aufgeben, aber auch ihre bisherige Argumentation, die da lautet: Wenn sowjetische Kriegsgefangene entschädigt würden, dann müßten auch deutsche Kriegsgefangene für »unrechtmäßig zugefügte Leiden« berücksichtigt werden – »einseitige Regelungen« kämen jedenfalls nicht in Frage. Für eine solche Aufrechnung von Leid, für einen solch relativierenden und geschichtsvergessenen Zynismus kann es kein Verständnis geben. Und vor allem: Es fehlt uns für eine solch abstruse Debatte wirklich die Zeit.

Der Beitrag beruht auf einer Rede, die Rolf Gössner zur Eröffnung der Ausstellung »›Russenlager‹ und Zwangsarbeit. Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener« in Bremen hielt. Die Ausstellung war bis zum 30. Oktober zu sehen. Infos zum Verein: **www.kontakte-kontakty.de [8]**

Dr. Rolf Gössner

► **Quelle:** **Erschienen in Ossietzky [9], der Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft - Heft 21/2014** > **zum Artikel** [10]

► **Informationen über Dr. Rolf Gössner bei Wikipedia [11] und auf seiner Webseite [12]**

- Laudatio für Dr. Rolf Gössner anläßlich der Verleihung des Kölner Karls-Preises für kritische Publizistik **Artikel in der NRhZ** [13]

► **Lesetipps zum Thema:**

- **"Deutschland schuldet NS-Opfern Entschädigung"** - **weiter [14]**
- **"Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft: Im Zweifel für Täter, gegen Opfer"** - **weiter [15]**

Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, wurde 1997 von Publizisten gegründet, die zumeist Autoren der 1993 eingestellten Weltbühne gewesen waren – inzwischen sind viele jüngere hinzugekommen. Sie ist nach Carl von Ossietzky, dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 1936, benannt, der 1938 nach jahrelanger KZ-Haft an deren Folgen gestorben ist. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte er die Weltbühne als konsequent antimilitaristisches und antifaschistisches Blatt herausgegeben; das für Demokratie und Menschenrechte kämpfte, als viele Institutionen und Repräsentanten der Republik längst vor dem Terror von rechts weich geworden waren. Dieser publizistischen Tradition sieht sich die Zweiwochenschrift Ossietzky verpflichtet – damit die Berliner Republik nicht den gleichen Weg geht wie die Weimarer.

Wenn tonangebende Politiker und Publizisten die weltweite Verantwortung Deutschlands als einen militärischen Auftrag definieren, den die Bundeswehr zu erfüllen habe, dann widerspricht Ossietzky. Wenn sie Flüchtlinge als Kriminelle darstellen, die abgeschoben werden müßten, und zwar schnell, dann widerspricht Ossietzky. Wenn sie Demokratie, Menschenrechte, soziale Sicherungen und Umweltschutz für Standortnachteile ausgeben, die beseitigt werden müßten, dann widerspricht Ossietzky. Wenn sie behaupten, Löhne müßten gesenkt, Arbeitszeiten verlängert werden, damit die Unternehmen viele neue Arbeitsplätze schaffen, dann widerspricht Ossietzky – aus Gründen der Humanität, der Vernunft und der geschichtlichen Erfahrung.

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen die Gewöhnung an den Krieg und an das vermeintliche Recht des Stärkeren.

Redaktionsanschrift:

Redaktion Ossietzky
Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

redaktion@ossietzky.net

http://www.ossietzky.net/ [16]

[16]

► Bild- und Grafikquellen:

1. Rolf Gössner (* 13. Februar 1948 in Tübingen) ist ein deutscher Rechtsanwalt, Publizist, parlamentarischer Berater und Bürgerrechtsaktivist. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift Ossietzky [17], Jury-Mitglied der Big Brother Awards [18], Mitherausgeber des Grundrechte-Reports [19] und Vizepräsident der Berliner Internationalen Liga für Menschenrechte. **Foto:** Dirk Ingo Franke, Berlin-Schöneberg. **Quelle:** Wikimedia Commons [20]. Diese Datei ist lizenziert unter der Creative-Commons [21]-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“[22]

2. Eisenbahntransport russischer Zwangsarbeiter. ADN-ZB/Archiv, II. Weltkrieg 1939-45 Aus den von den faschistischen deutschen Truppen okkupierten Gebieten der Sowjetunion werden Tausende arbeitsfähige Menschen als billige Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, Juni 1942. Aufnahme: Rabenberger 3574-42

Scherl, An der Sowjetfront: Wieder fährt ein Zug mit freiwilligen Arbeitern und Arbeiterinnen aus den besetzten gebieten der Sowjetunion ins reich. Sie haben sich für die Landwirtzschaft uns - soweit sie Facharbeiter sind - für die deutsche Industrie dienstverpflichtet. Kriegsberichter Rabenberger, Juni 42

Foto: Rabenberger. **Quellen:** Bundesarchiv, Bild 183-B25447 / Wikimedia Commons [23]. Dieses Bild wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bundesarchiv [24] und Wikimedia Deutschland aus dem Bundesarchiv für Wikimedia Commons zur Verfügung gestellt. Diese Datei ist unter der Creative-Commons [21]-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ [25] lizenziert.

3. Russland, Abtransport von Ostarbeitern: Zentralbild II. Weltkrieg 1939-45 Juni 1942, Sowjetunion In den von den deutschen Faschisten besetzten Gebieten wurde die Zivilbevölkerung für die Arbeit in der deutschen Rüstung zwangsverpflichtet. U.B.z.: Der Abtransport mit LKW zur Bahnstation.

Foto: Rabenberger. **Quellen:** Bundesarchiv, Bild 183-B25444 / Wikimedia Commons [26]. Dieses Bild wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bundesarchiv [24] und Wikimedia Deutschland aus dem Bundesarchiv für Wikimedia Commons zur Verfügung gestellt. Diese Datei ist unter der Creative-Commons [21]-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ [25] lizenziert.

4. Artemowsk, SU. Für den Einsatz in Deutschland gemusterte Fremdarbeiter vor der Abfahrt In dem von der faschitischen deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet in der Ukraine, Mai 1942. Die Zivilbevölkerung in Artemowak muß sich in dem von der deutschen Zivilverwaltung eingerichteten Arbeitsamt melden, um bei Tauglichkeit als Zwangsarbeiter

in der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt zu werden.

Foto: Knödler. **Quellen:** Bundesarchiv, Bild 183-B19887 / Wikimedia Commons [27]. Dieses Bild wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bundesarchiv [24] und Wikimedia Deutschland aus dem Bundesarchiv für Wikimedia Commons zur Verfügung gestellt. Diese Datei ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ (CC BY-SA 3.0 [28]) lizenziert.

5. Ausländische Arbeitskräfte im III. Reich. Ostarbeiterinnen in Deutschland mit ihren Kleinsten nach Feierabend.

Foto: unbekannt. **Quellen:** Bundesarchiv, Bild 146-1994-040-15A / Wikimedia Commons [29]. Dieses Bild wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bundesarchiv [24] und Wikimedia Deutschland aus dem Bundesarchiv für Wikimedia Commons zur Verfügung gestellt. Diese Datei ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ (CC BY-SA 3.0 [28]) lizenziert.

6. Aufnäher für Ostarbeiter im zweiten Weltkrieg. **Foto:** Doc.Heintz. **Quelle:** Wikimedia Commons [30]. Diese Datei ist unter der Creative-Commons [21]-Lizenz „ [31]Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“ (CC BY-SA 3.0 [28]) lizenziert.

7. Arbeitsbuch für osteuropäische Zwangsarbeiter (Ostarbeiter [32]) im Dritten Reich. **Foto:** Zac Allan. **Quelle:** Wikimedia Commons [33]. Der Urheberrechtsinhaber veröffentlicht dieses Werk als **gemeinfrei [34].** Dies gilt weltweit.

Hinweis zur Verwendbarkeit dieses Bildes

Dieses Bild zeigt ein (oder ähnelt einem) Symbol, das von nationalsozialistischen oder anderen in der Bundesrepublik Deutschland [35] wegen Verfassungswidrigkeit verbotenen Organisationen verwendet wurde. Die Verwendung dieser Symbole in der Öffentlichkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland verboten (§ 86a StGB [36]). Ebenfalls strafbar ist die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB [37]). Die Strafbarkeit ist ausgeschlossen, wenn die Verwendung oder Verbreitung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient (§ 86 Abs. 3 StGB [38]).

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/geschichtsvergessener-zynismus

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/3852%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/geschichtsvergessener-zynismus
[3] http://ilmr.de/
[4] http://de.wikipedia.org/wiki/KONTAKTE-KOHTAKTbI
[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung_%E2%80%9EErinnerung,_Verantwortung_und_Zukunft%E2%80%9C
[6] http://de.wikipedia.org/wiki/Stefan_Schwartze_%28Politiker%29
[7] http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Benz
[8] http://www.kontakte-kontakty.de
[9] http://www.sopos.org/ossietzky/
[10] http://www.sopos.org/aufsaetze/5438ea7551cb9/1.phtml
[11] http://de.wikipedia.org/wiki/Rolf_G%C3%B6ssner
[12] http://www.rolf-goessner.de/
[13] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17795
[14] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/deutschland-schuldet-ns-opfern-entschaedigung
[15] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/aufarbeitung-der-ns-gewaltherrschaft-im-zweifel-fuer-taeter-gegen-opfer
[16] http://www.ossietzky.net/
[17] http://de.wikipedia.org/wiki/Ossietzky_%28Zeitschrift%29
[18] http://de.wikipedia.org/wiki/Big_Brother_Awards
[19] http://de.wikipedia.org/wiki/Grundrechte-Report
[20] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/45/Fsa14_rolf_g%C3%B6ssner_30.08.2014_15-23-05.jpg
[21] http://en.wikipedia.org/wiki/de:Creative_Commons
[22] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de
[23] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0e/Bundesarchiv_Bild_183-B25447%2C_Eisenbahntransport_russischer_Zwangsarbeiter.jpg?uselang=de
[24] http://www.bundesarchiv.de/
[25] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.de
[26] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Bundesarchiv_Bild_183-B25444%2C_Russland%2C_Abtransport_von_Ostarbeitern.jpg?uselang=de
[27] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7f/Bundesarchiv_Bild_183-B19887%2C_Artemowsk%2C_SU%2C_-F%C3%BCr_den_Einsatz_in_Deutschland_gemusterte_Fremdarbeiter_vor_der_Abfahrt.jpg?uselang=de
[28] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de
[29] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/8c/Bundesarchiv_Bild_146-1994-040-15A%2C_Ausl%C3%A4ndische_Arbeitskr%C3%A4fte_im_III._Reich.jpg?uselang=de

[30] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ostarbeiter.jpg?uselang=de
[31] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de
[32] http://de.wikipedia.org/wiki/Ostarbeiter
[33] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Arbeitsbuch_F%C3%BCr_Ausl%C3%A3nder_cover.png?uselang=de
[34] http://en.wikipedia.org/wiki/de:Gemeinfreiheit
[35] http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland
[36] http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/__86a.html
[37] http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/__86.html
[38] http://bundesrecht.juris.de/stgb/__86.html
[39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/arbeitsbuch-fur-auslander
[40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/entschadigungspraxis
[41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/erinnerungspolitik
[42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konzentrationslager
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kriegsgefangene
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kriegsgefangenschaft
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nazi-opfer
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ostarbeiter
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ostarbeiterinnen
[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/reparationsrecht
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/russenlager
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/untermenschen
[51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/vernichtungspolitik
[52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/zwangsarbeit